

von außen halten sollte: Kaderpolitik, Machthierarchie, mehrfach angelegtes Kontrollsystem, Entscheidungsstrukturen usw. usw. Wie wir seit 1953 wissen konnten, war es trotz aller erdenklichen Vorkehrungen ohne den sowjetischen Einfluß nicht lebensfähig. Aber der sowjetische Einfluß hat es doch lebensfähig gemacht.

Der menschliche Faktor hat in diesem System nicht kalkuliert werden können. Nicht kalkuliert werden konnten die charakterlichen und intellektuellen Schwächen der Führung, die dann eben in ihren Sesseln bis 5 Minuten nach 12 sitzen blieb. Nicht kalkuliert werden konnten die Grenzen der Manipulierbarkeit der Beherrschten und auch vieler Funktionäre. Und nicht kalkuliert werden konnte die Wirkung unkontrollierter Informationen von außen auf die Bürger, auch wenn man sich noch so viel Mühe gab, das abzuschotten.

Die Tatsache jedenfalls, daß wir heute hier im Zentrum der ehemaligen SED-Macht über die Konstruktion und das Funktionieren dieser Macht frei diskutieren können, sollte nicht unbedingt Anlaß für ein großes Triumphgefühl sein, aber doch für eine gewisse Zufriedenheit der Demokraten in den neuen und in den alten Bundesländern, daß sie einen langen, sehr belastenden und gefährlichen Konflikt mit der zweiten Diktatur dieses Jahrhunderts in Deutschland glücklich überstanden haben. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich möchte Ihnen jetzt einige kurze Sätze zur Struktur der nächsten etwa 2 1/2 Stunden sagen. Wir haben uns das so gedacht, daß die fünf Zeitzeugen des heutigen Abends zunächst etwa eine gute Stunde von zwei Journalisten befragt werden und daß dann in einem zweiten Teil die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit haben, jeweils einzeln ebenfalls Fragen an die fünf Zeitzeugen zu stellen.

Die zwei, die wir bitten, die fünf Zeitzeugen zunächst zu befragen, sind auf den ersten Blick zwei Altbundesbürger. Darum muß, glaube ich, zu dieser Auswahl etwas gesagt werden. Es sind beides Menschen, die mit ihrer Biographie und ihrem Tun mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit den Menschen und den Ereignissen in diesem Land eng verbunden waren. Der eine, Karl Wilhelm Fricke, Journalist beim Deutschlandfunk, zumindest von einem Teil der Regierenden der DDR – ich sage das jetzt einmal ein wenig salopp – so sehr „geliebt“, daß sie ihn entführten, um ihn endlich unter sich zu haben, so daß er dann jahrelang in der DDR im Knast gewesen ist; der zweite, Ulrich Schwarz, hatte ebenfalls von seiner Biographie her lange mit der DDR zu tun, ist zweimal als Korrespondent des „Spiegel“ in der DDR gewesen und liebte die DDR oder ihre Menschen so sehr, daß er, obwohl er einmal hinausgeworfen worden ist, dann wiederkam.

Ich möchte Sie beide ganz herzlich begrüßen und wünsche Ihnen für das Tun der nächsten Stunde viel Glück und gutes Fingerspitzengefühl.

Ich bitte jetzt die fünf Zeitzeugen in der Reihenfolge, wie sie auf dem Zettel

stehen, nach vorn: Herrn Modrow, Herrn Schürer, Herrn Schabowski, Herrn Schirdewan und Herrn Uschner.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die nun folgende Anhörung von Zeitungen aus der Machthierarchie der SED steht natürlich in unmittelbarem Kontext zu den vier Referenten, die wir heute nachmittag gehört haben und in denen mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben wurden, insbesondere auch zur Rolle der SED in Staat und Gesellschaft der DDR.

Ich stimme mit vielem, was Wolfgang Seiffert hier ausgeführt hat, nicht überein, aber in einem Punkt durchaus, nämlich als er die Allgewalt der SED in Staat und Gesellschaft charakterisierte. Siegfried Mampel – er ist unter uns – hat dafür den Begriff „Suprematie“ der SED geprägt, der die Machtverhältnisse genau kennzeichnet, die nämlich so waren, daß der Staat für die SED Hauptinstrument zur Durchsetzung ihrer Politik war und daß das Recht, das sie dazu nutzte, nichts anderes war als der zum Gesetz erhobene Wille der Herrschenden, wobei ihre Gesetzlichkeit, die „sozialistische Gesetzlichkeit“, als Ausdruck historischer Gesetzmäßigkeit gedeutet, begriffen wurde, um so eine gewisse Legitimation zu schaffen. Um so wichtiger also angesichts dieser Rolle der SED die Beschäftigung mit der Machthierarchie, mit den leitenden Parteiorganen, mit ihren Strukturen.

Ich bin deshalb sehr froh, in dieser Runde kompetente Zeitzeugen begrüßen zu dürfen, die alle im Zentrum der Macht tätig gewesen sind. Ich darf von der linken Seite anfangen: zunächst Karl Schirdewan, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED in den Jahren 1953 bis 1958; an seiner Seite Herr Dr. Manfred Uschner, stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der SED; sodann Günter Schabowski, Kandidat des Politbüros seit 1981 und Mitglied seit 1984; zu meiner Rechten Herr Dr. Gerhard Schürer, Mitglied des Politbüros seit 1973, lange Zeit Vorsitzender der Staatlichen Plankommission; und last but not least Dr. Hans Modrow, 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Mitglied des Politbüros allerdings erst seit 1989.

Meine erste Frage: Was war denn nun eigentlich das Politbüro, das laut Statut vom ZK der SED gewählt wurde zur politischen Leitung der Arbeit des Zentralkomitees zwischen den Plenartagungen? War das Politbüro wirklich das eigentliche Entscheidungszentrum? Wurde wenigstens hier kontrovers diskutiert? Kam es hier überhaupt zu Entscheidungsprozessen auch im Wege von Mehrheitsabstimmungen? Wie gut waren die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros informiert?

Das ist die erste Frage, mit der wir uns beschäftigen wollen. Ich darf vorschlagen, daß wir die Anhörung ein bißchen strukturieren, nach der Abhandlung des Politbüros vielleicht die Position des Sekretariats des Zentralkomitees beleuchten, und beides im Zusammenhang gesehen in ihrem Verhältnis zum

Zentralkomitee der SED, sodann die Rolle der Partei im Staatsapparat und schließlich die vertikale Struktur, das heißt: Welchen Einfluß hatten Politbüro und Sekretariat des ZK auf die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED, inwieweit hatten die Parteichefs in den Bezirken überhaupt die Möglichkeit zu eigenverantwortlicher Entscheidung in ihrer Region?

Aber zurück zu meiner ersten Frage an Karl Schirdewan: War das Politbüro das eigentliche Machtzentrum der SED, jedenfalls in der damaligen Zeit, in der Sie es erlebt haben, oder war damals das Politbüro noch nicht so autonom wie in späteren Jahren der Ulbricht-Ära und der Honecker-Zeit?

**Karl Schirdewan:** Das Politbüro war das höchste Machtorgan, gewählt vom Zentralkomitee. Es gab ordentliche Mitglieder und Kandidaten in diesem Politbüro. Kandidaten konnten nicht abstimmen, aber sie nahmen an den Beratungen teil.

Der Arbeitsstil sah so aus: Von den einzelnen Abteilungen oder dem Sekretariat wurden Vorlagen ausgearbeitet, so wie es in jedem anderen Kabinett, auch im Kohlschen Kabinett, der Fall ist. Diese Vorlagen sollten beraten werden. Dafür bekam man sie schon am Sonnabend abends als Unterlage. Man studierte sie am Sonnabend und Sonntag. Zu manchen Bereichen konnte man wenig sagen, aber zu Wirtschaftsproblemen oder auch Kulturproblemen konnte man schon viel sagen. Aber es gab eben doch eine ganze Reihe Fragen, die von einzelnen Politbüromitgliedern diskutiert werden konnten. Das ist zunächst einmal das Wesentliche.

Man darf aber nicht vergessen, daß im Politbüro zu meiner Zeit, als ich als ordentliches Mitglied da hinkam, bereits eine innere Unruhe und eine innere Problematik vorhanden waren, nämlich die tiefe Differenz zwischen Walter Ulbricht als dem Ersten Sekretär, der auch das Sekretariat führte, das aus einer Reihe von Mitgliedern und besonders aus den Abteilungsleitern bestand – später wurden das Sekretäre, vorher waren es die Mitglieder des Sekretariats, das war ein qualitativer Unterschied, denn die Sekretäre hatten einen größeren Einfluß –, und anderen Mitgliedern des Politbüros. Ulbricht machte viele Faits accomplis und übergab die Mitglieder des Politbüros.

Es entfaltete sich eine zunehmende Kritik, die nach der Unterredung mit Grotewohl, Ulbricht und Oelssner Anfang 1953 in Moskau ihren schärfsten Ausdruck fand, wo eine exakte Analyse über die Situation in der DDR vorgelegt wurde und entsprechend auch scharfe Maßnahmen zur Änderung des Kurses vorgeschlagen worden sind. In dieser Zeit hatte Berija noch das Sagen, aber Malenkov, eine relativ farblose Figur, war der Vorsitzende.

Unsere Leute waren auf eine solche Einschätzung überhaupt nicht vorbereitet. Sie waren regelrecht hilflos, wie mir Oelssner sagte. Sie hatten selbst keine solche Analyse über diese Republik nach einem Jahr beschleunigten sozialistischen Aufbaus erarbeitet. Die Sowjets aber hatten sie erarbeitet. Ihre Konsequenz war damals – und das war nicht nur Berija –, zunächst einmal

Stopp mit dem Sozialismus und Rücknahme aller repressiven Maßnahmen, die die Arbeiter in bezug auf die Löhne bzw. die Arbeitsproduktivität und die Normen betrafen, aber auch die Angehörigen des Mittelstands, die von der Lebensmittelkartenversorgung gänzlich ausgesperrt worden waren und sich die Lebensmittel selbst besorgen mußten. Es war eine unmögliche Situation entstanden, die an Schärfe zunahm und zu der großen Krise im Juni 1953 führte.

Das Jahr 1953 ist insofern bemerkenswert, als im März 1953 Stalin starb und damit eine völlig neue Situation entstand. Dieser Monat ist auch durch die Machtkämpfe gekennzeichnet, die im Politbüro der KPdSU stattfanden, wobei sich Berija immer mehr in den Mittelpunkt drängte, die auswärtige Politik zu bestimmen versuchte, aber vor allen Dingen dafür eintrat, die sozialistische Entwicklung in der DDR zwar nicht völlig aufzuheben, aber sie zu unterbrechen, von ihr im Augenblick nicht zu reden, sich möglicherweise auf gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten, wenn der Vorschlag Stalins in irgendeiner Weise noch einmal zur Diskussion gestellt worden wäre, was natürlich nicht der Fall war.

Das also war die Situation bezüglich des Politbüros, das sich nun in einer sehr heftigen Auseinandersetzung befand. Ulbricht wurde schwerstens kritisiert. Auch in Moskau wurde er kritisiert. Berija hat dann aber gesagt: Beide Teile sind ja am Aufbau des Sozialismus schuld.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Herr Schirdewan, dürfen wir Sie unterbrechen? So interessant die Ausführungen sind, die Sie machen, uns interessiert aber heute in erster Linie nicht ein historischer Abriß über den 17. Juni und wie er entstanden ist, auch nicht über den Mauerbau, sondern über die Machtstrukturen der SED. Sie haben vorhin die Situation im Politbüro so geschildert, daß diskutiert worden sei. Dann haben Sie aber damit Schluß gemacht und sind auf die Historie gekommen. Uns interessiert: Hat das Politbüro denn zu jener Zeit kollektiv beschlossen? War es wirklich das kollektive Führungsorgan, das den Kurs bestimmte? Wie war das Verhältnis des Politbüros als Kollektiv zu Walter Ulbricht bei den Entscheidungsprozessen?

**Karl Schirdewan:** Nach der Entwicklung im Jahre 1953 war es so, daß Walter Ulbricht als Erster Sekretär im Politbüro blieb, Wilhelm Pieck und Grotewohl aber als Vorsitzende der Partei das Politbüro führten. Dadurch – so möchte ich sagen – kam es zu einer sachlichen Arbeit im Sinne der Probleme, die dort der neue Kurs stellte.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Das war in den fünfziger Jahren so. Herr Schabowski, Sie haben das Politbüro von 1981 bis 1989 erlebt. Hat es zu dieser Zeit auch kontroverse Diskussionen im Politbüro gegeben? Wurde um Entscheidungen gerungen? Gab es differierende Meinungen und Gegensätze, oder hatte sich das im Vergleich zu dem, was in den 50er Jahren – wie Herr Schirdewan eben ausgeführt hat – gang und gäbe war, geändert?

**Günter Schabowski:** Ich kann nicht beurteilen, wie sich die Arbeit im Politbüro in den fünfziger Jahren abgespielt hat. Ich will auch nicht in Abrede stellen, daß sich aus dem Selbstverständnis eines Mitglieds des Politbüros in jener Zeit die Sache so dargestellt hat, daß es also sachliche Arbeit war. Daß da Diskussionen in größerem Umfang stattgefunden haben, möchte ich fast bezweifeln, denn der Stil dieser Führung ist ja nicht ausschließlich durch die Personen gesetzt gewesen, die diesem Gremium vorstanden oder die in ihm waren, sondern vielmehr – Sie haben diesen Begriff gebraucht – durch die Strukturen, die dieses System im Laufe vieler Jahrzehnte hervorgebracht hat. Das Politbüro ist ja keine Erfindung der SED gewesen, sondern es sind ganz eindeutig Strukturen, die von dem sowjetischen Vorbild, von dem russischen Vorbild, von der KPdSU übernommen wurden. Daraus resultiert auch die besondere Rolle des Politbüros.

Formell ist das Politbüro nicht das höchste Organ der Partei. Wenn ich das etwas auseinanderklammern darf: Dem Buchstaben nach ist das höchste Organ der Partei natürlich der Parteitag. Der Parteitag ist gewissermaßen die Legislative. Auf dem Parteitag wird ein Zentralkomitee gewählt, und das Zentralkomitee ist eigentlich das höchste Organ der Partei zwischen den Parteitagungen. Es wählt aus seiner Mitte den Generalsekretär und die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats, die dann, wie das in einer normalen zivilisierten Partei üblich ist, die Geschäfte in den Phasen zu leiten haben, wo der Parteitag oder das Zentralkomitee bzw. der Parteivorstand nicht tagen.

Formell ist das Politbüro also dem Zentralkomitee rechenschaftspflichtig. Ein gut funktionierendes ZK, wenn es in dieser Bewegung so etwas gäbe oder gegeben hätte, hätte gewissermaßen die Mitglieder des Politbüros und sogar den Generalsekretär klar zur Ordnung rufen können, wenn nach Meinung des ZK irgendwelche Dinge vorgekommen wären, wo sich diese Führung nicht vernünftig verhalten oder wo sie gegen Beschlüsse der Partei, des Parteitages verstoßen hätte.

Aber die Praxis ist anders. Sie ist in der ganzen Geschichte der kommunistischen Bewegung anders. Ich muß das auch nach den Vorträgen hier immer wieder betonen, die einerseits für mich sehr interessant waren, andererseits aber doch vieles, was sich in der SED und in der DDR abgespielt hat, gewissermaßen als eine isolierte Botanik betrachten. Das ist nie so gewesen. Einer der für mich wesentlichen Punkte, die zu klären wären – neben der Verantwortung der SED, neben der Verantwortung von Funktionären wie Schabowski und anderen –, wäre die Klarstellung des allgegenwärtigen, immer vorhandenen Einflusses der Sowjetunion und der KPdSU, selbst wenn formell bestimmte Funktionen an die DDR übertragen wurden, also Fragen der Souveränität usw.

Hier ist in anderem Zusammenhang deutlich gemacht worden, daß bestimmte Formalien, bestimmte parlamentarische Erscheinungsformen, die auch für die

DDR beachtenswert waren oder nachahmenswert schienen, stattfanden, weil man sich in einem Umfeld bewegte, sich auch auf bestimmte internationale Spielregeln einstellen mußte und dafür bestimmte Dinge unerläßlich waren.

Ich komme wieder auf die Struktur zurück: An sich bestimmend für die gesamte Politik der SED und jeder kommunistischen Partei war das total andere gesellschaftliche Modell, ein Modell – ich sage das noch einmal, weil es viele Jahre auch meine Überzeugung war – letztlich voller Verachtung für alle politischen Erscheinungsformen der westlichen Gesellschaft bis hin zum Parlamentarismus, bis hin zur Demokratie, die ohnedies nichts ist als eine Farce, als eine Verschleierungsform, die die tatsächlichen Machtverhältnisse im westlichen Ausland im Grunde zu verdecken hatte.

Davon ausgehend, wieder zurück zu dieser Strukturfrage: Der Parteitag legte die Generallinie für die nächsten fünf Jahre fest – wenn diese Abschnitte so lang waren –, und sie war die Grundlage für alle Entscheidungen, die zwischendurch zu treffen waren. Also ZK und Politbüro waren gewissermaßen durch die Generallinie des Parteitages gebunden. Das war die Generallinie.

Man verwendet mitunter diesen Begriff. Was ist das überhaupt? Die Generallinie ist alles, was ein Parteitag für eine bestimmte Legislaturperiode beschlossen hat. Und auf dieser Grundlage hatten sich alle Beschlüsse und Entscheidungen zu bewegen. Das war die Aufgabe des Zentralkomitees, das war die Aufgabe des Politbüros. Also damit greife ich schon vorweg, was die Diskussionsfreudigkeit und Lebhaftigkeit anbelangt hat: Es vollzog sich alles in relativ klaren, gesicherten Bahnen, für die durch die Generallinie der Rahmen gesetzt war. Abweichungen von der Generallinie hatten nicht stattzufinden.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Darf ich eine Zwischenfrage stellen, weil ich denke, es ist besser, wir versuchen es ein bißchen an Beispielen zu konkretisieren? Ich nenne Ihnen einen Fall, den Herr Ammer angesprochen hat. Das ist wichtig, wenn man begreifen will, wie letztendlich die Entscheidungsstrukturen waren, wie die Entscheidungen, die das Schicksal der DDR und vieler Menschen bestimmten, zustande kamen.

Nehmen Sie die Sache mit den Eisenbahnwaggons. Sie waren im Politbüro. Wer hat im Herbst 1989 entschieden, daß die Botschaftsflüchtlinge per Eisenbahnwaggons via DDR in den Westen mußten, was ja verheerende Folgen hatte? Herr Ammer hat diese Frage gestellt. Ich hätte Sie gern von Ihnen beantwortet. Vielleicht wird es dann klarer.

**Günter Schabowski:** Diese Frage läßt sich beantworten, obwohl sie im Grunde doch ein Ausnahmefall war, weil die Situation schon außerordentlich hektisch war. Aber in diesem konkreten Fall hat es sich so abgespielt: Die Zahl der Flüchtlinge nahm unablässig zu. Das war ein äußerst beunruhigender Umstand, und er war nicht nur für Honecker, sondern für alle Mitglieder des Politbüros beklemmend. In dieser Phase haben einige ja bereits Überlegungen

angestellt und auch bestimmte Maßnahmen eingeleitet, um Honecker aus der Führung zu entfernen, weil das eine Dilemmasituation war.

Aber zurück zu dieser Frage: Honecker bekommt einen Anruf aus Prag, von Jakes, dem damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der ihm erklärt: „Die Situation wird langsam auch für uns unhaltbar; wie du weißt“ – ich gebe jetzt nur wieder, wie Honecker die Sache dann dargestellt hat –, „habe ich selbst Schwierigkeiten mit den Dissidenten, in dem Maße, in dem sich Auflockerungserscheinungen in der DDR bei uns in der CSSR fortsetzen, also wird die Sache für uns schwierig; wir können da nichts mehr tun, und da muß sofort eine Lösung gefunden werden.“ – Es wurde dann besprochen, wie diese Lösung aussehen kann.

In diesem Zwiegespräch – wie das nun im einzelnen zustande gekommen ist, wer den ersten Impuls dazu gegeben hat, kann ich nicht sagen – haben sie sich geeinigt, daß in einer Nacht-und-Nebel-Aktion im vollen Vertrauen auf die organisatorischen Fähigkeiten der „roten Preußen“ die Sache so gemacht werden könnte, daß sie kaum großes Aufhebens macht. Da wurde also der Eisenbahnminister hinüberschickt, da wurde eine Technologie dieses Ablaufs ausgearbeitet. Das sollte nachts passieren, in einer bestimmten Abfolge.

Nichts klappte dann so hundertprozentig, so daß sich die Zeiten völlig verschoben und daß sich auch in der DDR – aus welchen Gründen, ist mir heute nicht bekannt – zumindest in diesen Bezirken herumsprach, daß da so eine merkwürdige Kavalkade beispielsweise durch den Bezirk Dresden gehen würde, was dann auch zu großen Schwierigkeiten für Herrn Modrow führte. Also durch die Absprache zweier Generalsekretäre ist die Sache zustande gekommen.

Ich kann mich noch erinnern, wie wir davon in Kenntnis gesetzt wurden. Es war eine Festveranstaltung in Berlin. Ich weiß gar nicht mehr, welche.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Herr Schabowski, so interessant die historischen Details sind...

**Günter Schabowski:** Aber das geht ja weiter, das gehört ja mit zur Beantwortung der Frage! Bisher hat ja nur Honecker eine Rolle gespielt – und das Politbüro nicht.

Es war also eine Festveranstaltung in Berlin. Im Anschluß an die Festveranstaltung werden die Mitglieder des Politbüros überraschend in einen Nebenraum gebeten. In dem Nebenraum ist Honecker. Wir setzen uns alle an den Tisch. Honecker erklärt uns, die Situation sei unmittelbar vor dem 40. Jahrestag außerordentlich prekär geworden, er habe ein Gespräch mit Jakes geführt, und dabei habe man sich geeinigt, die Sache so zu machen. Man werde das in den Griff bekommen. – Das Politbüro hat sich das angehört und diese ganze Geschichte quasi akzeptiert. So ist das zustande gekommen.

Wir haben keine Gelegenheit gehabt, uns groß zu unterhalten. Das sage ich heute. Da ist auch nicht die Frage aufgeworfen worden, wie der Hansel in Dresden davon informiert worden ist, daß bei ihm ein solcher Konvoi vorbeiziehen wird, und wie er darauf reagieren kann. Das hat ihn in diese bekannte Lage gebracht. Da es ja Dresden war und nicht Berlin, mußte er allein damit fertigwerden. Also der weitsichtige Generalsekretär hatte das nicht bedacht und die Politbüromitglieder auch nicht.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Herr Dr. Modrow, Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu ergänzen.

**Dr. Hans Modrow, MdB:** Das, was Herr Schabowski aus der Küche des Politbüros gesagt hat, kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht dagegewesen. Ich kenne das nicht. Ich kenne nur die Wirkungen, mit denen ich mich auseinanderzusetzen hatte. Es gab einen Vorgang, der für das Verhalten des Politbüros gegenüber der Basis typisch war: Man bekam ein Fernschreiben.

In diesem Falle bekam ich ein Fernschreiben des Generalsekretärs, das der 1. Sekretär Karl-Marx-Stadt und der 1. Sekretär Dresden erhielten, und zwar mit der nackten Mitteilung: „Es werden Züge aus Prag in die Bundesrepublik geleitet. Wir möchten Euch darüber in Kenntnis setzen. Erich Honecker“. – Das war alles.

Nun will ich hier offen sagen: Die Medien der Bundesrepublik hatten bereits zeitig Wind davon bekommen, daß sich so etwas vollzieht, und meldeten es. Die Problematik, die sich dann an der Grenze zur Tschechoslowakei abspielte, bestand darin, daß es eine Weisung gab, die Grenze zu schließen, um das ständige Fortgehen zu beenden: Die einen fuhren mit Zügen aus Prag in die BRD und die anderen wollten nach Prag, um den gleichen Weg anzutreten. Das führte dann dazu, daß etwa 20.000 Leute aus allen Teilen der DDR von der Grenze zur CSSR kamen und nach Dresden fuhren.

Ich sage hier in aller Verantwortung – und ich sage das auch in der Enquete-Kommision, wenn sie diesen Vorgang prüfen will –, daß ich nicht damit einverstanden bin, wie man in Dresden hier und da im Moment damit umgeht. Man soll Polizeioffiziere beauftragen, die das verantwortungsvoll prüfen sollen.

An diesem Abend habe ich dann mit dem Verkehrsminister Arndt telefoniert. Er erklärte mir am Telefon: „Die letzte Instanz hat es entschieden, und wir beide müssen sehen, wie wir damit fertigwerden.“ – Da habe ich gesagt: „Otto, können wir noch etwas ändern? Kannst du die Züge nicht noch zurücknehmen, so daß sie direkt über Bad Brambach in die Bundesrepublik gehen?“ – Da sagte er: „Das geht auch nicht mehr; sie sind überfüllt; wenn diese Züge anders gelenkt werden, wird es in den Zügen schon zur Katastrophe kommen; wir können es beide nur noch verantworten, daß die Züge durch Dresden gehen.“



Daraufhin habe ich mich dann auch mit engagiert, nachdem der Polizeichef mich anrief und sagte, seine Kräfte reichten nicht aus, um den Bahnhof so frei zu halten, daß die drei Züge durchfahren können, ohne daß 10.000 Menschen auf dem Bahnsteig stehen, die Züge anhalten und versuchen, dort hineinzukommen. Daraufhin bat er mich, den Verteidigungsminister Keßler anzurufen, seiner Bitte zu entsprechen, die er dem Chef des Hauptstabes Streletz übermittelt hatte, hier Unterstützung zu geben. Das geschah so, daß der Leiter der Paradetruppen, die den 40. Jahrestag zu absolvieren hatten, Generalleutnant Gehmert, nach Dresden abkommandiert wurde. Ich habe dann mit Arndt den sogenannten – das war mir auch ein neuer Begriff – Blockabstand besprochen, den wir einhalten mußten. Das heißt, die Züge können in einem Minimum von fünf Minuten Abstand fahren. Dieser Blockabstand wurde vereinbart, so daß 15 Minuten der Bahnhof frei sein mußte, wenn nicht auf diesem Bahnhof ein menschliches Chaos ausgelöst werden sollte.

Ich stehe zu dieser Haltung, weil ich der Auffassung bin, daß es an diesem Abend keine andere Möglichkeit gegeben hat. Wer anderer Meinung ist, soll Experten einsetzen, die das dann in ganzer Verantwortung durcharbeiten und nicht einfach feststellen, es sei dort am Ende auch Unglück geschehen. Ja, das ist geschehen. Auf der einen Seite wurde mit Steinen geworfen, und die anderen haben den Bahnhof zu räumen versucht. Der Schaden, der damit entstanden ist, betrug etwa 750.000 Mark. Aber Menschen sind dort nicht zu Tode gekommen. Das war die Verantwortung, mit der wir vor Ort zu hantieren hatten.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank, Herr Modrow. Wir werden gleich noch einmal darauf zurückkommen, wenn wir die Rolle der Einsatzleitungen diskutieren.

Ich möchte aber noch einmal auf Herrn Schabowski zurückkommen. Herr Schabowski, das war mir ein bißchen zu dünn, wenn Sie sagen, der Parteitag habe die Strategie, die Generallinie festgelegt, und danach habe dann das Politbüro gehandelt. Erst einmal wissen wir alle, die wir Parteitage der SED erlebt haben – man kann ja auch die Protokolle nachlesen –, daß das nur Akklamations- und Deklamationsforen waren, auf denen vorgefertigte Diskussionsbeiträge verlesen wurden und in die die Parteibürokratie bereits mit festen Beschlußvorlagen hineinging, an denen sich dann während des Verlaufs des Parteitages überhaupt nichts geändert hat. Wer hat denn die Vorlagen gemacht?

Und die zweite Frage gleich: Wenn es auf dem Parteitag zur Wahl des Zentralkomitees gekommen ist, wer hat die Kandidaten für die Mitgliedschaft im Zentralkomitee vorgeschlagen? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen und dann Herr Schürer, damit er auch zu Wort kommt.

**Günter Schabowski:** Zunächst einmal muß ich sagen: Wenn Ihnen das zu

dünn erschienen ist, dann hängt das damit zusammen, daß wir uns noch mit anderen Fragen befaßt haben. Wir haben ja erst begonnen, die Dinge zu schildern. Da steht auch noch die Antwort aus, daß sich ungeachtet dieser Strukturen, die ich genannt habe, also eigentlich der Unterstellung des Politbüros unter das Zentralkomitee, im Laufe der Zeit die Rolle des Politbüros immer mehr verselbständigt hat. Wie das geschehen ist, wird mit der Beantwortung Ihrer Fragen deutlich.

Das ist ja kein Prozeß, der sich – sagen wir – aus dem Nichts heraus vollzieht. Wie kann denn eine solche Abhängigkeit oder eine solche Superiorität des Politbüros entstehen? Sie entsteht dadurch, daß in dieser zentralistisch organisierten Partei auch die Zusammensetzung eines solchen Gremiums wie des Parteitag ein Vorgang ist, der mit einer unerhört großen und breiten kaderpolitischen Arbeit verbunden ist, bei der schon durch die Organe an der Basis genau festgestellt wird, ob die Kandidaten, die für die Teilnahme am Parteitag in Betracht kommen, auch von der Art sind, daß dort Parteitreue, Parteidisziplin usw. garantiert sind im Sinne der Kontinuität, die schon die vorangegangene Führung personifiziert und eingefordert hat. Es ist ja nicht so, daß da sozusagen mit einem Tag die Welt neu anfängt, sondern die alte Führung ist zugleich die, die den Parteitag vorbereitet.

Im Prozeß dieser Kaderauswahl ist also in einem Maße, wie das sicherlich in keiner vergleichbaren bürgerlichen oder westlichen Partei der Fall ist, gewährleistet, daß diese Zusammensetzung gewissermaßen die Einmütigkeit der Beschlüsse über die Generallinie garantiert, die natürlich wiederum durch Kommissionen des noch bestehenden Zentralkomitees ausgearbeitet werden. Also die alte Mannschaft bereitet gleichsam die neue Mannschaft vor, kadermäßig, beschlußmäßig, und damit bereitet sie, wenn man so will, ihre eigene Wiederwahl vor.

Ich kann nicht sagen, wie das im einzelnen auf der Ebene ganz unten aussieht. Da gibt es die Kreissekretäre, die zuverlässig sind. Die Kreissekretäre sehen sich dort die Kandidaten an. Die Mitglieder des ZK wurden in jedem Falle mit dem Generalsekretär von dem ihm eng verbundenen Leiter der Kaderabteilung durchgesprochen.

Es war auch ein relativ geringer Erneuerungsgrad dabei. Wenn überhaupt Dinge kritisch waren, dann waren es vielleicht 10 oder 15 %, aber selbst diese Zahlen können zu hoch gegriffen sein. Das waren dann die Punkte, über die man innerhalb der Führung, also der Generalsekretär mit dem Kadermann, sprach, und wenn das ZK mit ihm durchgesprochen war, kam die Liste des ZK in das Politbüro und ist dort bestätigt worden. Dabei war die Haltung bei uns grundsätzlich so: Wenn eine Sache so mit dem Generalsekretär besprochen ist, dann gibt es kaum Veranlassung, etwas dagegen einzuwenden. Man kannte die Leute ja auch nicht. Sicherlich hat die Möglichkeit bestanden, wenn dort über drei Ecken ein Kandidat erschienen wäre, den irgendeiner gekannt hätte und

von dem er der Meinung gewesen wäre, der Mann sei nicht in Ordnung oder so – das kann die unterschiedlichsten Gründe haben, auch politische Gründe –, daß dann ein Einspruch erfolgt wäre. Aber im Prinzip hat sich das dann so abgespielt.

Also wenn man so will und etwas schematisch gesagt: Die bestehende Führung bereitet in umfassender Weise die Beratung vor, in der über die neue Führung und über ihr Programm entschieden wird. Damit ist die Kontinuität gewährleistet. Das ist von uns nicht als Makel empfunden worden, sondern als ein Ausdruck für die Solidität der Verhältnisse: Es gibt keine Krisensituationen, es ist alles konstant, kontinuierlich – eine Sache, die bis ins Politbüro durchschlug.

Es hat bei Honecker Hemmungen gegeben, Leute, die ihm nicht grün waren oder denen er nicht grün war, aus dem Politbüro hinauszuerwerfen. Es ist in kommunistischen Parteien ja auch nicht üblich, daß da plötzlich Mitglieder des Politbüros sozusagen abdanken müssen. Da hätte man dann wieder furchtbare Dinge anstellen müssen, um das zu erklären und als Ausdruck der trotzdem gesicherten Kontinuität darzustellen. Es gibt also ein großes Baharrungsvermögen in einer solchen Bewegung, das bei allen solchen Entscheidungen eine Rolle spielt. Kontinuität heißt da das Stichwort.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Herr Schürer, ich habe an Sie die Frage: Sehen Sie das Politbüro genauso wie Herr Schabowski? Sie waren eigentlich von den hier anwesenden Zeitzeugen am längsten Mitglied dieses Gremiums. Teilen Sie die Auffassung, die Sicht von Herrn Schabowski?

**Dr. Gerhard Schürer:** Zunächst zur Richtigstellung: Ich war von 1973 bis 1989 Kandidat des Politbüros und im Jahr 1989 unter Egon Krenz einen Monat Mitglied des Politbüros. Das sage ich nicht zu meiner Rechtfertigung, denn in der Verantwortung und im Einfluß auf die Politik wurde praktisch kein Unterschied zwischen dem Mitglied und dem Kandidaten gemacht. Der Kandidat war nicht abstimmungsberechtigt, aber ich habe im Politbüro überhaupt kaum Abstimmungen erlebt. (Heiterkeit)

Ich möchte als erstes noch einmal sagen, was ich am Tage der Wende in der dramatischen Sitzung in der Volkskammer gesagt habe und auch vor der Deutschen Gesellschaft in Postdam bei deren zweiter Tagung. Ich sage immer: Das Politbüro muß die gesamte Verantwortung für alles übernehmen, für die gesamte Politik, die in den 40 Jahren DDR durchgeführt worden ist, a) als Kollektiv für die gesamte Politik und b) jeder einzelne entsprechend seinem Ressort, also ich für meine 24 Jahre Tätigkeit als Chef der Plankommission, davon 13 Jahre als Kandidat des Politbüros und Chef der Plankommission.

Ich halte nichts von Abschiebung der Verantwortung. Ich halte es für notwendig, daß jeder zu dieser Pflicht steht. Wir haben zu Zeiten, als es die DDR und die SED gab und scheinbar einer Blüte entgegenging, immer die monolithische Einheit betont, und wenn das Land untergegangen ist, dann

haben wir zu unserer Verantwortung zu stehen. Was daraus für mich persönlich entsteht, ist in zweiter Linie wichtig und steht nicht an erster Stelle. (vereinzelt Beifall)

Der zweite Punkt, den ich nennen möchte: Die Machtverhältnisse und -strukturen zwischen Parteitag, ZK und Politbüro sind etwa so, wie das Günter Schabowski gesagt hat, auf dem Papier noch etwas anders als in der Praxis. In der Praxis war der Einfluß des Politbüros größer, als er dem Papier nach ihm zukam. Und es gab in der Entwicklung Unterschiede.

Ich habe als Gast noch Sitzungen des Politbüros bei Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erlebt, wo viel diskutiert wurde, wo bis in die Nacht hinein diskutiert wurde, um zu einer Entscheidung zu kommen. Ich habe Tagungen des Zentralkomitees miterlebt. Die ZK-Tagungen unter Ulbricht fanden meistens nicht hier in diesem Raum, sondern in dem großen Festsaal nebenan statt, weil dort viele Wissenschaftler und Praktiker eingeladen worden waren, die nach ihrer Meinung gefragt wurden, damit es zu einer gründlich ausdiskutierten Beschlußfassung kam. Ich sage nicht, daß die Verhältnisse damals demokratischer waren. Sie waren nur so, daß Fachleute mehr zu Wort kamen. Das war meiner Ansicht nach von großer Bedeutung.

Die Sitzungen des Politbüros unter Erich Honecker waren insofern vielleicht disziplinierter, weil sie das Kollektiv betrafen, das die Verantwortung hatte. Sie waren kürzer. Das Politbüro tagte unter Ulbricht meistens bis in den späten Abend hinein und unter Erich Honecker jeden Dienstag zwei bis drei Stunden. Die Vorlagen des Politbüros wurden von den Arbeitsplänen bestimmt, die sich diese Organe gegeben hatten, und von Ereignissen, die unvorhergesehen zum Tagesordnungspunkt wurden.

Ich möchte noch ein Beispiel einer Politbürositzung bringen, bei der ich im Mai 1988 versucht hatte, meine Vorschläge – ich nannte sie „Überlegungen“ – für dringend erforderliche wirtschaftliche Reformen zu diskutieren. Ich habe dieses Papier Erich Honecker als Generalsekretär gegeben, da ich wußte, daß es Vorschläge waren, die an den Beschlüssen des Parteitages vorbeigingen. Weil meiner Ansicht nach mit der weiteren Durchführung der Parteitaglinie die DDR zugrunde gegangen wäre, habe ich ihn persönlich um ein Vier-Augen-Gespräch gebeten. Das hat er mir nicht gewährt. Das ist auch der Punkt, der mich bis heute zu ihm in große Distanz bringt, obwohl ich nie sagen kann, daß ich ein Gegner von ihm gewesen sei. Im Gegenteil, ich war einer seiner Leute, die ökonomisch die Linie der Partei herauszuarbeiten und zu unterstützen versuchten.

Aber dieses Papier wurde ausgerechnet Günter Mittag gegeben, von dem man genau wußte, daß er große Differenzen mit mir hatte. Er hat die Stellungnahme gemacht. In das Politbüro kam die Stellungnahme von Mittag, ein Papier, das etwa 30 Seiten lang war. Als Anhang, damit man die Stellungnahme verstand, kamen meine Überlegungen, die weniger Seiten beinhalteten als

die Stellungnahme dazu. Der Generalsekretär legte sich am Anfang dieser Beratung selbst fest, um die Linie zu geben, denn meine Vorschläge hatten bei manchen Mitgliedern des Politbüros eigentlich viel Sympathie gefunden, was sie nicht offen zum Ausdruck gebracht haben, aber was ganz sicher so war. Erich Honecker gab die Linie und hat gesagt: „Gerhard Schürer hat die Möglichkeit gehabt, seine Ideen zu äußern; wir haben die Möglichkeit gehabt, über Günter Mittag eine fundierte Stellungnahme zu machen; ich bin für die Stellungnahme von Mittag; seid ihr alle einverstanden?“ – Alle waren einverstanden, das Papier war beschlossen, und die Vorschläge waren weg.

Ich will nur sagen: Wenn man Machtstrukturen analysiert, glaube ich, daß man insgesamt in die Entwicklung der Partei neuen Typus hineingehen, daß man die Zusammenhänge studieren muß, die sich aus der Übernahme des sowjetischen Grundmodells ergeben. Man muß meiner Ansicht nach – so wie das übrigens Herr Diepgen hier gesagt hat – die Geschichte der DDR und der BRD, also die Geschichte Deutschlands, aufarbeiten. Man muß das Mitwirken und die Einflüsse des Warschauer Paktes und der NATO sehen. Man muß den Kalten Krieg analysieren. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, dafür habe man keine Zeit gehabt, sondern das gehört mit zum Thema einer guten Aufarbeitung der Geschichte.

Herr Seiffert hat hier gesagt, die DDR sei kein Staat gewesen, sondern ein Produkt und Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik. Wenn das so einfach wäre, dann brauchte man sich, glaube ich, mit der SED nicht zu beschäftigen. Meiner Ansicht nach war die DDR weder einfach ein Satellit noch ein souveräner Staat. Sie war etwas zwischendrin, und diese gegenseitigen Machtlinien müssen offen, ehrlich, aufrichtig von allen, die beteiligt waren, analysiert werden.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Herr Schürer, wie groß war denn der Einfluß der Russen? Sie haben doch von der Zeitspanne her den größten Überblick. Gerade sagten Sie, es war ein Mittelding.

**Gerhard Schürer:** Er war in der Entwicklung ganz unterschiedlich. Er begann mit den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration. Die hatten wir überhaupt nur durchzuführen. Dort hatten wir überhaupt keine Einflußmöglichkeiten. Bis 1949 gab es Produktionsbefehle an die Industrie. Dann wurde die DDR als selbständiger Staat gegründet. Dort gab es aber immer noch die Sowjetische Militäradministration, den Hohen Kommissar. Natürlich haben sie einen immensen Einfluß auf die Entwicklung gehabt.

Es ist genau so, wie Herr Schenk dargelegt hat. 1953 bis 1956 war, glaube ich, die Zeit, in der er in der Staatlichen Plankommission gearbeitet hat. Wir kennen uns interessanterweise schon seit 1948. In dieser Zeit ist es so gewesen, daß Leuschner über Chomjakow in der Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst Aufträge bekommen hat, die dann als Entscheidungen des Politbüros der SED abgearbeitet wurden.

In der weiteren Entwicklung kann man durchaus vermerken, daß dieser unmittelbare Einfluß der sowjetischen Seite bei weitem nicht mehr so vorhanden war. Als ich Chef der Plankommission war, hatte ich einen sowjetischen Berater. Er hatte zwei Mitarbeiter. Mit ihm habe ich mich im Monat einmal oder zweimal getroffen. Er konnte Ratschläge geben, aber entschieden haben wir selbst.

Aber natürlich hat die sowjetische Politik Einfluß auf die DDR genommen. In großen politischen Diskussionen in Moskau wurde das nicht mehr als sowjetische Anweisung gegeben, aber die sowjetische Seite empfahl. Die sowjetische Seite hat z. B. bis 1987 empfohlen, daß der Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik nicht stattfinden soll. Auch der Besuch Honeckers war eine eigenmächtige Entscheidung von ihm. Obwohl Gorbatschow damals schon der verantwortliche Generalsekretär war, hat er empfehlungsweise, nicht befehlsweise und nicht als Anweisung, diesem Besuch nicht zugestimmt, hat ihn nicht gewollt.

Natürlich haben wir auf den sowjetischen Partner gehört. Es gab ja auch eine gewaltige ökonomische Abhängigkeit. Fast die gesamten Rohstofflieferungen bekamen wir von der UdSSR. Wir mußten daraufhin 70 % unseres Exports in Richtung sozialistische Länder lenken; wir mußten davon wieder die Hälfte in die UdSSR lenken, mit wichtigen, großen Produktionskapazitäten, die wir zum Teil sogar speziell für sie geschaffen haben.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Ich möchte noch einmal auf die Frage des Verhältnisses von Politbüro und Sekretariat des ZK bzw. auf den Apparat des Zentralkomitees zurückkommen. Herr Uschner, Sie können uns vielleicht auch sagen, wie dort die Meinungsbildungsprozesse organisiert waren, wie die Entscheidungen getroffen wurden. Wer legte z. B. die Beschlußvorlagen des Politbüros fest? Wer hat dort Ausarbeitungen vorgelegt, die dann im Politbüro beraten wurden? Von wem ging die Initiative aus? Waren das Vorlagen, die aus dem Apparat des ZK kamen, oder waren das Anregungen, die aus dem Politbüro kamen und die zu befolgen waren? Wer hat z. B. die heute schon so viel zitierte Nomenklatur festgelegt? Irgendwo muß ja eine Entscheidung getroffen worden sein, wie die Nomenklatur auszusehen hat.

**Dr. Manfred Uschner:** Vielleicht sage ich erst einmal, wer ich bin. Ich hatte nie eine Wahlfunktion. Ich sitze das erste Mal in diesem Saal. Ich war aber 20 1/2 Jahre in diesem Gebäude tätig, sechs Jahre in der Internationalen Abteilung, die schon fünf Jahre vor der Wende vom „Stern“ als „honeckerfeindlich“ bezeichnet wurde, und dann 14 1/2 Jahre als persönlicher Mitarbeiter bei Hermann Axen und Sekretär der Außenpolitischen Kommission des ZK. Ich kann also vor allem für das internationale Gebiet sprechen.

Ich bin bis zum 20. Februar 1989 in diesem Haus tätig gewesen und wurde dann wegen unverschämter Kritik an den leitenden Genossen aus dem Hause

entfernt. Man hatte mir vorgeworfen, der gegnerischen Einflußnahme – in Klammern: SPD – unterlegen zu sein. Die Sekretariatsvorlage zu meinem Fall wurde am Mittwoch beschlossen; rausgeschmissen wurde ich am Montag, dem 20. Februar, um 15.00 Uhr in fünf Minuten. Als man mich geholt hatte, hatte man fünf Stunden gebraucht.

Wie war das mit den Vorlagen, und wie war das überhaupt mit dem Politbüro? Man hat natürlich in dieser geschlossenen zweiten Etage, über die ich jetzt geschrieben habe und über die in Kürze im Dietz Verlag ein Buch mit dem Titel „Die zweite Etage“ erscheint, viel mitbekommen. Das Politbüro gab es eigentlich in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr. Wir haben insgeheim von einer „Viererbande“ gesprochen, nämlich Honecker, Mittag, Mielke und Joachim Herrmann.

Wir haben immer gesehen, wenn er in seine Bezirksleitung ging, blieb der Herr Mielke immer noch vor dem Büro Honecker stehen. Er war neben Schalck-Golodkowski einer derjenigen – zwei gab es! –, die jederzeit ungehinderten Zugang zum Generalsekretär hatten. Dort blieb man anfangs 20 Minuten zusammen. Wir sahen später, da wir alle nur eine gemeinsame Toilette hatten, daß es manchmal auch ein, zwei Stunden wurden.

Das Politbüro arbeitete nach Plan. Es gab aber Hinweise der Sicherheitsorgane bei Großhavarien oder irgendwelchen Vorkommnissen im Staatsapparat, die dann von den Fachabteilungen an das Sekretariat oder in einem Anschreiben an den Generalsekretär gemeldet wurden. Er schrieb dann darauf „Vorlage E. H.“ Umgekehrt wurden der Apparat und die Politbüromitglieder immer gewitzter. Bevor eine Vorlage ins Politbüro kam, ließen sie sich per Brief von Erich Honecker das „Einverstanden, E. H.“ absegnen, und damit kam es kaum noch zur Diskussion.

Die Sorge meines Chefs betraf eigentlich nur den Dienstag. Das war die Politbürositzung. Hier hat man also am Freitagnachmittag zwei große schwarze Koffer mit nach Wandlitz genommen und durchgearbeitet. Dies war eigentlich auch die einzige Gelegenheit, die wir hatten, wo man über die unsichtbaren Grenzen zwischen den Büros und Ressorts hinweg durch die Lektüre der Beschlußvorlagen doch etwas mitbekommen konnte. Mein Chef hatte z. B. von Wirtschaft keine Ahnung, aber so konnte er doch in etwa sehen, daß von Mittag dem Politbüro nie eine ehrliche Zahlungsbilanz vorgelegt wurde.

Das Sekretariat behandelte am Mittwoch mehr die kleineren Dinge. Da ging es um Personalfragen, da ging es um Reisen. Ich war von 1984 bis zu meinem Rausschmiß im Februar 1989 Mitglied der Gemeinsamen Sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe SPD/SED. Jedesmal, wenn ich reiste, mußte eine Vorlage gemacht werden. Auch wenn ich die sowjetischen Freunde fragen mußte, ob man das Wort „Doppelverwendbarkeit von Atomwaffen“ verwenden darf, wurde eine Sekretariatsvorlage gemacht. Fuhr ich nach Prag, um das den Tschechen zu erläutern, wurde eine Sekretariatsvorlage gemacht.

Am Schluß konnte gar keiner mehr durchsehen. Ich hatte den Einruck, es wurde durchgeblättert und weitergegeben.

Größere Auseinandersetzungen habe ich in den 20 Jahren nur bei Personalwechsel erlebt. Das ging nicht immer so glatt. Es gab den Fall Häber, einen Shooting-Star, der plötzlich als Seiteneinsteiger und in der alten Bundesrepublik sehr geschätzter Analytiker und Köhner einen – wie es hier im Hause hieß – Rösselsprung machte, also vom Institutsdirektor zum Abteilungsleiter, zum ZK-Mitglied und dann gleich ins Politbüro. Damit hat er die ganze alte Fronde – ich sage immer – der Kinder der ersten Generation nach dem Krieg, die Leonhard beschrieben hat, voll vor die Birne gestoßen. Diese haben sich gewehrt, und dann wurde einiges organisiert.

Es gab den stadtbekanntesten Sauf- und Hurenbold Konrad Naumann, der zwar unter Alkoholeinfluß, aber immerhin vor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sagte, was hier nicht in Ordnung ist, was die Arbeiter denken, und er glaubte, daß die Arbeiter Berlins hinter ihm stünden, wenn sie aufstehen.

Da gab es sechs, acht und zehn Stunden lange Sitzungen; aber sonst ging es in den letzten Jahren, die ich hier mitmachen durfte, recht glatt und reibungslos über die Bühne. Wir waren manchmal rasch um die Ecke, um etwas einzukaufen, und wir hatten Mühe, in dieser halben Stunde pünktlich zurückzusein.

Vorlagen wurden auch aus den Fachabteilungen angeregt, z. B. zu internationalen Fragen aus der Außenpolitischen Kommission. Es gab dann noch die Ideologische Kommission und die Wirtschaftskommission. Das Außenministerium machte Analysen beispielsweise über die Vorgänge im Jemen bei irgendeinem Machtwechsel. Das wurde bei uns in der Außenpolitischen Kommission diskutiert, und dann wurde das als Information und Vorlage ins Politbüro gegeben.

Was wir in dieser Kommission nie diskutiert haben, war die Stärke oder Schwäche des Sozialismus. Die Sowjetunion und alles, was dort und in den anderen sozialistischen Ländern lief, war tabu, was sich ja bitter rächen sollte.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Ich hätte eine Zusatzfrage an Herrn Modrow: Sie waren ebenfalls – sogar in der Hierarchie noch höher als Herr Uschner – einige Jahre Abteilungsleiter im ZK, aber Anfang der siebziger Jahre. Würden Sie denn für diese Phase das Urteil, das Herr Uschner abgegeben hat, bestätigen, vor allem das Urteil über das Politbüro?

**Dr. Hans Modrow, MdB:** Ich war Anfang der siebziger Jahre, also 1971, Leiter der Abteilung Agitation. Mein Chef war Werner Lamberz. Mit Lamberz waren ein Konzept und eine Überlegung auf politisch-ideologischem Gebiet verbunden, aus Enge und Engstirnigkeit herauszukommen. Wir waren aus der Zeit im Jugendverband befreundet, hatten zusammen die Komsomol-



Hochschule besucht, hatten also ein ganz anderes Verhältnis, als es sonst in der Hierarchie üblich war. Wir haben unter vier Augen auch über Dinge gesprochen, die sich im Politbüro abspielten, und ich wußte bereits, daß wir eigentlich gemeinsam ein gewisses kritisches Verhältnis bekamen. Aber zugleich muß man auch sagen, daß Lamberz mit zu denen gehörte, die Honecker gemacht haben. Das ist manchmal auch dabei nicht mit im Kalkül. Denn Lamberz war jener, der vor allem mit der sowjetischen Seite die Kontakte hielt, um den Übergang von Ulbricht zu Honecker dann mit zu erreichen.

Die Sitzungen in der ersten Phase nach dem VIII. Parteitag, das war mein Eindruck, hatten einen tieferen Arbeitscharakter – Gerhard kann das besser beurteilen als ich –, weil auf jeden Fall die Notwendigkeit bestand, eine Änderung herbeizuführen, auch mit bestimmter Beschlußfassung, welche Probleme auch immer auf dem Gebiet der Ökonomie mit diesem Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erwachsen sind. Es war also nötig, bestimmte Beschlüsse zu ändern.

Ich war unter Lamberz vor allem für die Medien verantwortlich, und wir bemühten uns um eine bestimmte Öffnung. Ich könnte viele Beispiele dafür bringen. Der „Kessel Buntes“ entstand, das Kulturmagazin und vieles andere. Das machte nach außen sichtbar, daß ein anderes Klima herrschen sollte. Es waren auch bestimmte Dinge in der Presse, die sich in dieser Zeit anders lasen. Das möchte ich mit aller Eindeutigkeit sagen.

Ich spürte aber, daß Werner Lamberz im Prinzip der war, der am Abend bis mindestens 22.00 Uhr in diesem Hause selber die „Aktuelle Kamera“ und alles steuern und darauf Einfluß nehmen wollte. Das war im Prinzip nicht meine Denkweise. Ich habe mich dann auf strategische Probleme der Entwicklung der Medien eingestellt, habe aber auch manches erleben müssen, wenn Lamberz nicht da war und ich ihn vertrat.

Mein Leben lang werde ich nicht den siebenten „Kessel Buntes“ vergessen, der sozusagen zur völligen Katastrophe wurde. K. Naumann, 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin, machte großen Skandal, weil nach seiner Meinung die Arbeiter in Berlin beleidigt worden seien. Die „Drei Dialektiker“, die das moderierten, wußten nicht aus noch ein, und ich mußte zu Herrn Honecker, um den „Kessel Buntes“ zu retten, der ja immerhin hundertmal erschienen ist, und ich mußte ihm beim achten „Kessel“ selber die Texte vorlegen und mit ihm darüber streiten, ob die „Dialektiker“ dieses oder jenes Wort sagen dürfen oder nicht. Das war die Situation.

Es ging in der Tat auch um Kleinigkeiten. Ich wurde einmal deshalb gerügt, weil Herr Honecker mir eine Liste von Preisen für Erzeugnisse in der Bundesrepublik und in der DDR gab und ich dabei Kalbshaxe und Ungarische Salami strich, weil sie im Laden nicht zu haben waren. Er erklärte mir dann in der nächsten Sitzung des Sekretariats des ZK, an der ich an Stelle von Lamberz

teilnahm, ich sei nicht bei Dubcek, sondern man habe hier eine Ordnung, bei der das, was festgelegt werde, einzuhalten sei.

Insofern gab es schon Strenge untereinander, und man konnte nicht eigenständig entscheiden.

Die Beratungen verliefen dann mehr und mehr so, wie Gerhard sie geschildert hat, daß man eigentlich länger vor dem Politbüro saß und wartete, als man dann selber bei der Beratung gebraucht worden ist.

**Gesprächspartner Ulrich Schwarz:** Ich habe noch eine Frage an Herrn Uschner zu dem Problemkreis Politbüro. Mir ist auch im dritten Jahr nach der Wende immer noch nicht klar, wie diese DDR oder wie die SED eigentlich funktioniert hat. Herr Schabowski hat schon ziemlich früh gesagt, das Politbüro sei in den letzten Jahren nur eine Akklamationsmaschine für Erich Honecker gewesen. Herr Uschner bestätigt das eigentlich, wenn er sagt, das Politbüro habe gar nicht mehr existiert.

Was mir nicht klar ist: Wie konnte es in einer Partei, die eigentlich auf kollektive Führung angelegt ist, passieren, daß ein Mann eine solche Machtfülle auf sich vereinigen konnte, daß er zum Ende, beim Untergang der DDR bzw. bei seinem Sturz als absolutistischer Fürst dandand?

**Dr. Manfred Uschner:** Da kommt ein Problem hinzu. Ich habe den Vorträgen auch sehr aufmerksam zugehört. Manches haben wir selbst wirklich so erlebt, manches erscheint mir einseitig. Wir waren nicht durchweg alles bloß die „Hirnis“, die engstirnigen Parteiroboter, die wegen eines Wartburgs oder sonst etwas hier gearbeitet haben. Wir hatten schon Motivationen.

Als ich hierhergeholt wurde, war für mich als vermeintlichen Lateinamerikanisten z. B. ein Motiv, daß ich die Bombennacht 1945 in Magdeburg erlebt hatte, als meine Großmutter 15 Meter von mir entfernt zusammen mit dem ihr treuen Schäferhund verbrannte, daß ich wenige Monate nach dem Krieg als Achtjähriger dann Hiroshima und Nagasaki erlebte und fand, daß die Jungen Pioniere, die FDJ und später die SED auf die Frage, wie Kriege entstehen, die besten Antworten geben können. So etwas war ein Motiv. Andere hatten andere Motive.

Ich hatte meine Sozialisierung. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und hatte 13 Geschwister. Ich war nicht gerade begeistert, daß hier der Sozialismus abgelöst wird und der Kapitalismus Einzug hält. Und ich könnte eine ganze Reihe weiterer Motivationen nennen, warum hier Leute so lange ausgehalten haben, meines Erachtens die meisten zu lange, denn spätestens, nachdem wir alle den XX. Parteitag erlebt haben, nachdem wir das Jahr 1968 erlebt haben, nachdem wir vor allem Gorbatschow lesen konnten, hätte sich hier doch einiges ändern können und müssen.

Hier gibt es einen großen Widerspruch. Es gab nicht nur die Typologie Parteiarbeiter in den Organen und Parteiarbeiter hier. Ich habe drei Gruppen

von Funktionären hier kennengelernt. Die eine Gruppe hat immer nach dem Motto gehandelt: Was oben gesagt wird, ist immer richtig. Das waren sozusagen die Kinder der Gruppe Ulbricht. Die Partei hat immer recht, der Gegner bleibt der Gegner, und man hat klassentreu zu sein.

Aber als die Mauer stand und der friedliche Wettbewerb begann, konnte man nicht nur solche Leute brauchen. Man brauchte auch Leute mit Abitur, mit Studium, mit Kenntnissen. In der Internationalen Abteilung mußte man zwei, drei, vier, fünf Sprachen können, man mußte mit Leuten umgehen. Da entstand schon eine Schicht von Könnern. Es wären doch nicht so viele Besucher aus allen Parteien der Bundesrepublik gekommen, und es hätte auch nicht noch 1988 Spitzengespräche in den USA mit Axen gegeben, die ich mitgemacht habe, wenn das alles hirnerkrankte dumme Leute gewesen wären. Ich habe bei Axen nicht nur seine KZ-Nummer auf dem Unterarm berücksichtigen müssen, wenn es zwischen uns krachte; ich habe auch erlebt, wie er mit den zwölf einflußreichsten Männern Frankreichs in fließendem Französisch und mit einem hohen Bildungsstand umging. Das alles hat uns beeinflußt.

Trotzdem entstand mit Gorbatschow für uns eine schizophrene Situation. Ich rede nicht von der dritten Gruppe, den Pragmatikern, die heute in Managementsesseln sitzen, die unter uns genauso geredet haben wie wir, aber eben offiziell nach oben nicht.

Ich will es Ihnen ganz konkret sagen: Im ehemaligen Regierungskrankenhaus der DDR wurde ich mehrfach gefragt: Wenn ihr nach 1985 bei uns massiert, behandelt wurdet und in der Wanne lagt, hattet ihr alle bis auf vielleicht 10 % die gleichen Meinungen zu Gorbatschow, zur Stimmung der Bevölkerung und zu den undemokratischen Praktiken im Lande. Da habt ihr nämlich geredet. Die 10 %, die nicht geredet haben, die kannten wir schon. Da haben wir uns auch vorgesehen. Warum haben es 90 % nicht geschafft, dagegen aufzustehen?

Ich habe lange darüber nachgegrübelt, auch im Zusammenhang mit meinem Buch. Ich komme zusätzlich zu dem Buch „Die Ohnmacht – DDR-Funktionäre sagen aus“, in dem auch Gerhard Schürer vorkommt, für mich selbst ebenfalls zu der Schlußfolgerung: Es ist erstens die Feigheit und die Angst vor dem totalen sozialen Absturz ins Nichts gewesen, mit dem man nichts bewirkt. Man ist über Nacht vergessen, 50 Freunde rufen einen nicht mehr an, wissen nicht mehr, wo man wohnt, und man ist alleingelassen. Das ist ein ganz wesentliches Moment gewesen.

Und das zweite: Man ist einmal für eine zum Kapitalismus alternative Ordnung angetreten, und nun sollte diese Ordnung zugrunde gehen. Wir haben immer gehofft, gerade mit Lamberz und Markowski, daß eine Erneuerung und so eine Art demokratischer Sozialismus, wie ihn auch Willy Brandt entwickelt hat, in dieser Partei einmal möglich sein würde.

Diese beiden Motive waren für mich ganz wesentlich und bestimmend, für

viele andere aber auch. Ich streite nicht ab, daß andere die banalen Motive hatten, von der Bereicherung bis zu anderen Dingen, die hier eine Rolle gespielt haben, oder einfach nur Durchhalten. Aber diese Motive waren es, die Herrn von Studnitz seitens der Ständigen Vertretung Bonns mich wenige Tage nach der Wende fragen ließen: Daß ihr ausgehalten habt, daß die Macht euch ge- oder verliehen war, und daß dann, wenn sich der Verleiher das mit der Macht anders überlegen würde, ihr nackt dasteht, daß wußten wir. Aber daß ihr trotzdem in diesem Lager und unter sowjetischem Kuratel doch so ein Ansehen in der Welt errungen habt, es mit dem Lebensstandard und mit der friedenspolitischen Übereinstimmung mit der Bevölkerung relativ weit brachtet, wie habt ihr das gemacht? – Und da sage ich: Dafür ist ein Teil des Apparates mit verantwortlich. Er fühlt sich da heute teilweise gebraucht, einige gehen weiter und sagen: mißbraucht. Mit Abstand sieht man die Dinge eben etwas anders als damals, bevor Gorbatschow als Hoffungsstrahl auftauchte.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Aber warum sind, wenn ich das noch einmal fragen darf, nie Impulse aus dem Zentralkomitee hervorgegangen, diesen Degenerierungsprozeß zu verhindern? Es ist doch Tatsache, daß es in den fünfziger Jahren heftige Auseinandersetzungen gegeben hat. Ich denke an die Auseinandersetzungen mit der Fraktion Zaisser/Herrnstadt, dann auch mit Karl Schirdewan. Vielleicht kann Karl Schirdewan dazu selbst etwas sagen. Warum hat es ähnliche Bemühungen in den siebziger und achtziger Jahren nicht gegeben? Warum hat man sich z. B. damit abgefunden, daß das Zentralkomitee praktisch nur noch zweimal im Jahr zusammengerufen wurde statt wie früher vier-, fünf-, sechsmal im Jahr?

**Karl Schirdewan:** Ich kann dazu einiges sagen. Ich glaube, daß in den entscheidenden Jahren, den fünfziger Jahren, die Diskussionen im Politbüro zum einen durch die Krise im Juni 1953 und zum anderen drei Jahre später durch den XX. Parteitag angeregt worden sind.

Ich bin damals von den Sowjets gefördert worden, nicht von Ulbricht. Ulbricht wußte genau, daß ich seine Meinung auch in der Generallinie nicht vertreten konnte. Die Sowjets kannten meine Meinung. Ich habe jederzeit mit ihnen offen sprechen können. Ich war kein Agent, ich war ein Mitglied des Politbüros, ich war ein antifaschistischer Kämpfer, der elf Jahre drei Monate im Zuchthaus und in zwei Konzentrationslagern gesessen hat. Ich hatte also meine Meinung, und ich hatte auch meine Erfahrungen auf dem Gebiet der Politik, der Strategie und der Taktik. Ich erlebte auch die Zeit der Weimarer Republik.

Ich will ein Beispiel nennen: Als am 17. Juni etwa 3.000 Menschen vor das Haus der Einheit marschierten, kam – ich will nicht in Einzelheiten gehen – ein sowjetischer General zu mir und sagte: „Genosse Schirdewan, geben Sie mir den Befehl zum Schießen!“ – Ich habe gesagt: „Genosse General, unter keinen Umständen wird geschossen! Lassen Sie Ihren Konvoi vor dem

Pavillon vorrücken. Sie werden sehen, daß sich die Menge sofort zerstreut.“ – Ich habe da ganz sekundenschnell an meine eigenen Erfahrungen aus der Weimarer Zeit gedacht. Wenn die Polizei auf uns schießen wollte, blieb uns auch nichts anderes übrig, als zu fliehen. Das ist ein Beispiel.

Ich bin dann zwei Tage später zu Semjonow gebeten worden. Er sagte mir: „Genosse Schirdewan, wir haben öfter Diskussionen zum gegenseitigen Nutzen gehabt, ich möchte Sie bitten, mir zu sagen, wie Sie die Lage einschätzen.“ – Ich sagte: „Darf ich Ihnen eine Gegenfrage stellen?“ – Er sagte: „Natürlich!“ – Ich sagte: „Wo ist unsere Parteiführung? Die Parteiführung ist nicht mehr da. Die Parteimitglieder, die treu zur Fahne stehen, haben keine Unterstützung durch eine Führung. Die Schwankenden können sich nicht entscheiden.“ Diejenigen, die gegen uns waren, hatten dadurch einen noch stärkeren Zulauf.

Es war nicht die Zeit, daß ein Arbeiteraufstand gelingen konnte, wie es der 17. Juni war, sondern es bestand die Gefahr des Ausbruchs eines Krieges. Die Sowjets hätten damals die militärische Strategie, die sie ja in der DDR auch entwickelt haben, nie aufgeben können. Das war eine ganz andere Situation als im Jahre 1989.

Damals entsprach es nicht unbedingt den sowjetischen Interessen, die DDR mit einem Krieg zu verteidigen. Andererseits wissen wir ja auch, daß in Westdeutschland gar keiner an Krieg gedacht hat, daß niemand da war, der vielleicht aus dem Aufstand einen großen Gewinn hätte ziehen können. Ich weiß, daß die Amerikaner damals zurückgepfiffen haben. Sie haben z. B. zu Egon Bahr gesagt: „Sind Sie denn verrückt geworden? Wollen Sie einen Krieg?“ – Natürlich nicht! – So war die internationale Lage damals.

Semjonow sprach dann mit mir über verschiedene Personalfragen und Dinge, die ich jetzt nicht im einzelnen zu berichten brauche. Aber ich möchte sagen, ich habe gefordert: „Sofort die Parteiführung in das Parteihaus zurück! Alle Funktionäre, gleich welcher Ebene, gehen in die Betriebe und stellen sich den Arbeitermassen! Wir sind doch schuld an dieser Irreführung über den Sozialismus!“

Warum war damals der Sozialismus zusammengebrochen? Er war zusammengebrochen, weil nach Stalins Tod die Militärs den Vorrang hatten. Diese Militärs fragten sich: „Was sollen wir tun? Nach diesen Erfahrungen gibt es nur eines: beschleunigte Korrektur des Sozialismus, des sozialistischen Aufbaus, aber zur gleichen Zeit eine Verstärkung unserer militärischen Repräsentanz.“

Es war klar: Sozialismus und die Strategie und Taktik der Armee, das konnte niemals zusammenpassen. Deshalb war das Problem für mich immer: Was wir brauchen, ist ein sich langsam entwickelnder Sozialismus. Wenn er jetzt schon angefangen hat, sollte man nicht das gesamte Volk beleidigen, sollte man nicht so tun, als hätte man nicht selbst die Fehler gemacht und nicht

richtig eingeschätzt, daß noch gar keine Voraussetzungen für den Sozialismus da waren.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Aber es wurde doch immerhin im Zentralkomitee damals darüber diskutiert. Warum hat es später, Herr Dr. Modrow, ähnliche Diskussion im ZK nicht mehr gegeben? Waren das alles nur kritiklose Ja-Sager und Befehlsempfänger, die gehorsam entgegennahmen, was ihnen gesagt wurde?

**Dr. Hans Modrow, MdB:** Ich glaube, die Dinge so zu vereinfachen, ist mit der Kompliziertheit des Prozesses nicht in Einklang zu bringen.

Ich war für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, als ich 1949 aus der Gefangenschaft kam, und dafür bin ich eingetreten. Ich war auch auf der 2. Parteikonferenz für eine sozialistische Alternative und bin im Herbst 1989 noch dafür eingetreten, die DDR in sozialistischer Weise umzugestalten. Bei allem, was ich kritisch zu sagen habe, ist das meine Grundhaltung. In dieser Grundhaltung liegt auch manches, was Sie jetzt anfragen.

Ich gehörte dem ZK der SED als Kandidat seit 1958 an. Ich habe also drei Zentralkomitees, jenes unter Ulbricht, das unter Honecker und auch noch das unter Krenz, erlebt. Wenn ich von der Grundhaltung ausgehe, dann habe ich bei Ulbricht immer das Gefühl gehabt, daß er alle Auseinandersetzungen, ob mit Karl Schirdewan und mit Lohagen, ob mit anderen, in das Zentralkomitee getragen hat. Es gab keine grundlegenden Änderungen in der Führung der SED, ohne daß Ulbricht sie als eine ZK-Auseinandersetzung gestaltet hat. Er war sich dabei einer mehrheitlichen Entscheidung sicher. Aber das ist nach meiner Meinung auch das Ulbrichtsche Verständnis von einem Führungsgremium gewesen. Für Ulbricht war das Zentralkomitee bedeutsamer, als es später für Honecker in der Grundauffassung gewesen ist. Das ist die Thälmannsche Schule, die Ulbricht hatte, die bei ihm nicht eine Wortblase war wie später bei Honecker, sondern für Ulbricht war das Zentralkomitee der Kreis der Auseinandersetzung. Daß er das sehr wohl beherrschte, konnte man dann in Plenartagungen erleben. Ich habe als Mitglied des Büros der SED-Bezirksleitung in den fünfziger Jahren das Politbüro unter Ulbricht hinreichend erlebt, mit scharfen Auseinandersetzungen um den damaligen 1. Sekretar Hans Kiefert.

Alles das hat mich auch mit geprägt, aber immer in der Haltung – hier liegen die Probleme mit mir selber –: Es geht um den Sozialismus, für den du bist, in ihm stecken Probleme. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU war mir klar, es gibt keinen Gott wie Stalin, sondern es gibt einfach Menschen, die das zu verantworten haben. Aber es war immer – das war die Befangenheit – unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten mit ihrer tiefen Gegensätzlichkeit gab, auch bei mir die ausgeprägte Haltung: „Du machst nichts, was dem Gegner nützt, sondern du tust das, was für den Sozialismus gut ist.“ Und damit kam auch die Einengung.

Das Zentralkomitee unter Erich Honecker hat in der ersten Phase noch Sitzungen gemacht, in denen man sich mit Tagesordnungen beschäftigte. Gerhard, du wirst dich erinnern. Die Mikroelektronik war wohl für dich mit das Härteste, das es gab. Aber da man nichts mehr zusammenhalten konnte, waren es dann nachher die Riten, von denen Sie gesprochen haben.

Ich will aber noch eines anfügen zum Einfluß der Sowjetunion in den siebziger und achtziger Jahren. Auch hier muß man sich vor manchen Legenden schützen. Es gab ihn, es gab ihn tief, und es gab ihn auf manchen Gebieten nicht mehr. Ich habe ihn 1976 den IX. Parteitag vorbereitend in folgender Weise erlebt: Pjotr Andrejewitsch Abrassimow sagte zu mir im Vorfeld des Parteitages: „Genosse Modrow, Sie werden als Kandidat des Politbüros vorgeschlagen und gewählt werden.“ Ich habe gesagt: „Pjotr Andrejewitsch, je mehr Sie diese Frage stellen an Genossen Honecker, um so weniger wird es geschehen. Wenn Sie die Frage von der sowjetischen Seite stellen, werde ich nicht ins Politbüro kommen, da werden Sie sich irren.“ Und ich kam nicht hinein. Ich bekam schon Ende der siebziger Jahre den Hinweis, den Kontakt mit dem Parteisekretär in der Botschaft der Sowjetunion so zu gestalten, daß man dort nicht mit dem Wagen vorfährt, sondern daß man sich anders trifft.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war es ganz eindeutig, daß meine Kontakte, die ich vor allem mit Leningrad pflegte – Leningrad hatte immer ein Mitglied oder einen Kandidaten des Politbüros als Ersten Gebietssekretär, und ich konnte so viel Russisch, daß wir unter vier Augen miteinander sprechen konnten –, auch unter Kontrolle standen. Das Verhältnis zur Sowjetunion differenzierte sich. Es gab das offizielle, das öffentliche Verhältnis, und es bestand kein Interesse, insbesondere in der letzten Phase, daß sich gewisse Eigenständigkeiten in diesem Verhältnis entwickelten. Es sollte unter Kontrolle bleiben, weil die Einflüsse, die von dort kamen, differenziert gesehen wurden.

Nun kommt das Problem in diesem Zentralkomitee. Heute sagen sehr viele, daß wir eigentlich mehr die Perestrojka als die Fortsetzung des Kurses von Erich Honecker wollten. Aber hier gilt das Wort von Helmut Sakowski – ich würde sagen, ja, er hat recht –: „Mutig waren wir nicht.“ Die Versuche, hier und da in anderer Weise auf Probleme aufmerksam zu machen, sind dann wohl hinreichend diszipliniert worden. Aber damit will ich eines mit Deutlichkeit sagen: Das bedeutet nicht, daß wir alle nur Feiglinge waren. So war es auch nicht. Das kann ich für meine eigene Person sagen: Wenn ich nur ein Feigling gewesen wäre, dann wäre ich am 15. Januar 1990 ins Mauselloch gekrochen und nicht zur Normannenstraße gegangen, wo mehrere tausend Bürger ihren Protest bekundeten. Das alles gehört auch dazu, wenn wir Geschichte, Mutigsein und alles andere miteinander differenziert betrachten wollen. Das ist sozusagen diese deutsch-deutsche Geschichte mit

ihrer Verzahntheit, mit ihrer Kompliziertheit. Wenn wir nicht bereit sind, sie anzunehmen, werden wir auch der Wahrheit immer nur ein viel zu geringes Stück näherkommen.

**Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke:** Danke, Dr. Modrow. Es ist sicherlich so, wie Sie sagen. Es gab auch den Mut von Robert Havemann, das muß man auch einmal sehen. Den hätte man sich natürlich, wie ich meine, auch in der SED gewünscht. (Beifall)

Ich darf nunmehr die Führung der Diskussion an Rainer Eppelmann zurückgeben.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Bisher 15 Mitglieder der Enquete-Kommission möchten Fragen an die Zeitzeugen stellen. Wie abgesprochen, gebe ich Herrn Fricke und Herrn Schwarz die Möglichkeit, jederzeit mit einzusteigen. Der erste: Markus Meckel.

**Abg. Meckel (SPD):** Ich habe mehrere, aber sehr kurze Fragen in bezug auf Aussagen von Herrn Uschner, der sagte: Außenpolitische Fragen, das heißt, was in Ungarn oder in der Sowjetunion innenpolitisch passierte, wurden bei uns nicht diskutiert. Ich habe die Frage an Herrn Schirdewan: Wie wurden die Ereignisse 1956 in Ungarn im Politbüro reflektiert?

Die zweite Frage betrifft die Kommunikation nach Moskau. Herr Modrow hat jetzt schon einiges dazu gesagt. Wie lief für das Politbüro, das heißt für die wirklichen Entscheidungsträger, die Kommunikation nach Moskau? Über die Botschaft, über Direktkontakte? Wer waren hier die Kommunikationsträger?

Dritte Frage: Wie war die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien? Herr Uschner sagte in bezug auf das Außenministerium: Wir bekamen das Material „Zur Lage“, machten daraus eine Vorlage, und dann ging sie mit den entsprechenden Anweisungen zurück. War das der übliche Weg bei allen Ministerien, oder gab es da Unterschiede?

Letzte Frage: Herr Schürer, ich hörte als Nebenbemerkung: Aus der Sowjetunion bekamen wir den Rohstoff, machten hier die Industriewaren, und die gingen zu einem großen Teil dorthin zurück. Wie waren die Einflüsse in bezug auf die Entscheidungsstrukturen der Industrieproduktion aus Moskau in den letzten 20 Jahren?

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Danke schön. Als erstes bitte die Antwort von Herrn Uschner und dann drei Antworten von Herrn Schirdewan.

**Dr. Manfred Uschner:** Die Praxis in der Außenpolitischen Kommission war nicht typisch. Es war aber so, daß dieser Riesenapparat, dem Sie, Herr Meckel, auch einmal eine Zeitlang vorstehen durften, natürlich eine Fülle von Länder- und Sektoreninformationen brachte und daß nach Arbeitsplan alle Länderbereiche einmal durchgegangen wurden, möglichst jene, die den heiklen Problemen der Situation in der Sowjetunion nicht nahe kamen. Das hat man der Abteilung Internationale Verbindungen überlassen, die sich